

Dr. h.c. Charlotte Knobloch

ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland,
Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern,
Vizepräsidentin des Jüdischen Weltkongresses



***Anlässlich der Eröffnung der 60. Berliner Woche der Brüderlichkeit,
11.3.2012, Abgeordnetenhaus von Berlin (Plenarsaal)***

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr verehrter Herr Präsident Wieland,
Sehr geehrte Frau Botsch-Fitterling,
sehr geehrter Herr Senator Henkel,
sehr geehrter Herr Gesandter Nahshon,
Ich begrüße alle Vertreter der Glaubens- und Religionsgemeinschaften.
sehr geehrter Herr Dr. Joffe, (gratulieren)
sehr geehrter Herr Kardinal Woelki,
Eminenz, sehr verehrter Herr Kardinal Woelki, es ist mir eine besondere Ehre Sie willkommen heißen zu dürfen. Gestatten Sie mir, Ihnen bei dieser Gelegenheit noch einmal persönlich zu Ihrer Erhebung in den Kardinalsstand zu gratulieren,
sehr geehrter Herr Bischof Dr. Dröge,
Kvod Ha Rav, sehr geehrter Herr Rabbiner Ehrenberg,
sehr geehrte Frau Vizepräsidentin Schillhaneck.
ich begrüße die Mitglieder des Berliner Senats,
sehr geehrte Vertreter der Berliner Bezirke,
Exzellenzen, sehr verehrte Vertreter des diplomatischen Corps,

Angesichts der Vielzahl ehrenvoller Gäste darf ich mich, um den mir vorgegeben Rahmen nicht zu sprengen, meinen Vorrednern anschließen, und Sie alle, sehr verehrte Damen und Herren, auf das Herzlichste willkommen heißen.

sehr geehrte Mitglieder des Vorstands und des Kuratoriums der Berliner Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit,
sehr geehrte Mitglieder der Gesellschaft, die Sie mit Ihrer finanziellen und ideellen Unterstützung an der Basis, die Arbeit in der Gesellschaft überhaupt erst möglich machen,

Liebe Freunde,
liebe Brüder und Schwestern,

„Der Mensch wird am Du zum Ich“, lehrt der Religionsphilosoph Martin Buber. Für ihn ist Liebe: „Verantwortung eines Ich für ein Du.“ – Unter dem Motto „In Verantwortung für den anderen“ begehen wir diese 60. Woche der Brüderlichkeit. Wir blicken zurück auf eine 60-jährige Tradition des offenen und ehrlichen Dialogs – in Verantwortung für einander und in für die Gesellschaft, in der wir leben.

Verantwortung ist ein zentraler Gedanke in der jüdischen und christlichen Ethik sowie ebenso in unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Diese ist nur dann aufrecht zu erhalten, wenn der Einzelne als freier Mensch nicht nur für sein Leben Verantwortung übernimmt, sondern sich vielmehr als Teil des Gemeinwesens versteht. Denn Verantwortung hat viele Dimensionen. Sie ist Maßstab im Privaten wie im Beruflichen. Sie steht als Prämisse über dem Sozialstaat, dem Rechtsstaat sowie – das darf ich betonen – der freien Marktwirtschaft. Und sie nimmt staatliche Akteure ebenso in die Pflicht wie uns Bürgerinnen und Bürger.

Dieser Verpflichtung folgend, haben sich über 80 lokale und regionale Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit gebildet, in denen sich Menschen für Versöhnung und ein friedliches Mit- und Füreinander engagieren.

Aber, verehrte Anwesende, nicht nur in Berlin waren die erste Woche der Brüderlichkeit im Jahre 1952 und auch jene der Folgejahre, nie ganz unumstritten. Glücklicherweise gelang es schließlich, sich auf den Kernbestand unserer Religionen zu besinnen. Deren Wesensgehalt umfasst neben Verantwortung und Hoffnung vor allem auch: Frieden – in der hebräischen Bibel „Shalom“, im neuen Testament „Eirene“. Jegliche Art von Frieden, auch den zwischen den Religionen, können wir nur im ehrlichen und geduldigen Dialog erreichen. – Um es mit den Worten von Philipp Melanchthon zu sagen: „Der Mensch ist zum gegenseitigen Gespräch geboren.“ Dialog – direkt und rückhaltlos – ist die wesentliche Aufgabe der Menschheit.

60 Jahre Woche der Brüderlichkeit sind 60 Jahre, in denen sich Christen und Juden in Deutschland couragiert und engagiert dieser Herausforderung Dialog gemeinsam gestellt haben. Sie nahmen sie an. Sie rieben sich daran. Und mitunter scheiterten sie. Aber – das ist entscheidend: – sie haben nie aufgegeben.

Verehrte Anwesende,

Mit Blick auf die Woche der Brüderlichkeit hat Verantwortung vor allem eine historische Dimension. Führen wir uns vor Augen, wo wir vor 60 Jahren standen. – Welch unerträgliche Wucht hatte gerade erst die Zivilisation aus den Fugen gerissen. In diesem Schicksalsmoment der Geschichte bedurfte es einer bemerkenswerten Kumulation aus Hoffnung, Mut und Überwindung, die Zukunft in die Hand zu nehmen.

Das Gebot der Stunde lautete, die mörderische Spirale von Hass und Misstrauen, die in der Katastrophe gemündet war, ein für alle Mal aufzubrechen. Das forderte von den Menschen, ihr Entsetzen über das Geschehene zunächst in Worte zu fassen – für viele ein schmerzhafter und kräftezehrender Prozess. Und es sodann nicht bei Worten zu belassen. Vielmehr galt es, Verantwortung zu übernehmen – Taten nachzulegen, um Menschen verachtendes und Gewalt verherrlichendes Gedankengut in unserer Gesellschaft zu demaskieren und zu überwinden.

Denn die unkündbare Erinnerung an die Shoah begründet für uns Heutige die Verpflichtung, unsere Gemeinsamkeiten zu finden und zu fördern – das Konstruktive, das Gedeihliche müssen wir miteinander pflegen.

Nun, in der 60. Woche der Brüderlichkeit, dürfen wir guten Gewissen konstatieren: Wir haben in Deutschland eine Kultur des Dialogs etabliert und mit Leben gefüllt. Das war und ist die beste Basis, um Klüfte zu überbrücken und dauerhafte Versöhnung, wie sie einst unmöglich schien, zu verwirklichen.

Wir haben in den letzten sechs Jahrzehnten sehr viel erreicht im gemeinsamen Kampf gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Und doch, meine sehr verehrten Damen und Herren, spüren und erfahren wir täglich, dass wir von unserem Ziel – dem friedlichen und respektvollen Miteinander aller Menschen in unserem Land – noch weit entfernt sind.

Der jüngste so genannte Einzelfall, der Aufmerksamkeit erfuhr, ist die mit Hitler-Gruß betonte antijüdische Hetze gegen den israelischen Fußballspieler Itay Shechter vom 1. FC Kaiserslautern. Der Vorfall im Profisport ist eine Spitze des Eisbergs, aber signifikant für all jenes, was täglich – ohne öffentliche Empörung – in den Amateurligen passiert. So mehren sich Berichte über NPD-Funktionäre und -anhänger als Jugendtrainer oder Vereinsvorsitzende. Und das betrifft nicht nur den Sport, sondern das gesamte deutsche Vereinsleben – von den Burschenschaften bis hin zur Freiwilligen Feuerwehr.

Verehrte Anwesende,

der kürzlich vorgelegte Expertenbericht über Antisemitismus in Deutschland offenbart diese und viele weitere Schwachstellen in unserer Gesellschaft, die förmlich danach schreien, in Angriff genommen zu werden. Es zeigt sich, dass die für Deutschland nach 1945 signifikante weitgehende Tabuisierung antisemitischer Äußerungen im öffentlichen Raum mittlerweile durch

eine bis weit in die breite Mitte der Gesellschaft reichende Gewöhnung an alltägliche jüdenfeindliche Tiraden und Praktiken unterlaufen wird oder bereits unterlaufen ist.

Der alltägliche Antisemitismus, wie wir ihn verstärkt in der Finanzkrise erlebt haben – in deren Kontext auch uralte Stereotype von geldgierigen Wucherjuden, die seit dem Mittelalter kursieren, plötzlich wieder en vogue waren – ist nicht religiös motiviert. Vielmehr sind es klassische Varianten des Antisemitismus in sozialen, politischen oder nationalistischen Argumentationsmustern. Diese werden durch moderne Formen des Antizionismus modifiziert. Experten sprechen insofern von „sekundärem Antisemitismus“, unter den Mutmaßungen und Vorwürfe subsumiert werden, die erst in Reaktion auf den Holocaust und die Existenz des Staates Israel entstanden sind. Immer offener und unverhohlen äußert sich auch eine mit Antisemitismus aufgeladene Kritik an Israel, die den Jüdischen Staat schlechthin mit „den Juden“ identifiziert und die israelische Politik in letzter Konsequenz – das ist besonders perfide – mit der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik vergleicht oder gar gleichsetzt. Antisemitismus in Form von Antizionismus ist vor allem ein Phänomen im linksextremen Spektrum, wo er zunehmend radikale bis militante Züge annimmt. In weniger extremer Ausprägung, aber nicht minder perfide, reicht er jedoch weit in die Mitte der Gesellschaft. Sogenanntes Israel-Bashing entlarvt sich durch pauschale, einseitige Verurteilungen, das Ignorieren oder Negieren seiner legitimen Sicherheitsinteressen sowie die leichtfertige Infragestellung seiner Existenzberechtigung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ein Befund gibt besonders zu denken: Trotz – oder gerade wegen, das wird zu klären sein – der beständigen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit erreicht Deutschland bei der Verbreitung von Antisemitismus höhere Werte als die westeuropäischen Länder Italien, Großbritannien, Niederlande und Frankreich. Das schmerzt sehr.

Insgesamt führen die Erkenntnisse zu drei zentralen Aufgaben, deren Bewältigung für die Zukunft maßgebend sein wird:

Erstens: An der Schwelle zwischen Zeitgeschichte und Geschichte muss die *Erlebnis-Generation* den Stab der Erinnerung und die universelle Botschaft der Schoah an die *Erkenntnis-Generation* weitergeben. Und zwar so, dass die Jüngeren unsere Erinnerungskultur nicht als Bürde empfinden, sondern als kognitive Bereicherung ihres menschlichen Daseins – eben in Verantwortung für den anderen und die Gesellschaft in der sie leben.

Dafür brauchen wir neue pädagogische Konzepte. Weniger Zeigefinger – mehr Dialog. Die Fixierung auf die Vergangenheit tötet das genuine Interesse der jungen Menschen ab. – Denn sie trifft keine Schuld. Sie müssen ihre Heimat lieben können, und sie sollten stolz auf diese Bundesrepublik Deutschland sein, die sich bemerkenswert der Geschichte gestellt hat und nur deswegen diese starke und erfolgreiche Demokratie entwickeln konnte.

Besonders erfolgreich sind Projekte, in denen sich Jugendliche freiwillig und eigenständig der Materie annähern. Ich möchte die Wanderausstellung des Anne-Frank-Zentrums hervorheben, die von Schülern für Schüler und Erwachsene konzipiert wird. Vielfach durfte ich erleben, wie leidenschaftlich und ambitioniert die jungen Leute bei der Sache sind und wie sensibel sie ihre Mitschüler oder Besucher an die Hand nehmen, um sie durch ihre eigene Ausstellung zu führen.

Ein weiteres Beispiel ist das Münchner Projekt „Faszination, Verfolgung Widerstand“. Schüler mehrerer Gymnasien haben zwei Jahre lang zum Thema „Jugend im Nationalsozialismus“ geforscht und dazu jetzt eine öffentliche Ausstellung eröffnet. In ähnlicher Weise engagieren sich Chemnitzer Schüler in einem Forschungsvorhaben zu Schicksalen von NS-Opfern.

Diese Konzepte sind zukunftsweisend und machen mir Mut. Unser Land braucht eine kluge Erinnerungskultur. Sie ist zentraler Quell der Verantwortung – für den anderen und für die Gesellschaft.

Zweitens: Wir dürfen nicht aufgeben, den fest verwurzelten Antisemitismus in der breiten Mitte der Gesellschaft aufzubrechen. Das erfordert neue politische Konzepte. Gedenk-Routine und vorausseilende Tabuisierungen sind kontraproduktiv. Antisemitismus gibt es vor allem dort, wo anstelle von Wissen Stereotype und Ressentiments vorherrschen.

Die Vermittlung historischer Kenntnisse über die Judenverfolgung bleibt wichtig. Für eine nachhaltige und erfolgreiche Prävention und Bekämpfung antisemitischer Einstellungen reicht sie aber keinesfalls aus.

Künftig müssen gegenwartsbezogene Ansätze im Vordergrund stehen. Diese sollten dezidiert auf jene Themen eingehen, bei denen heute Antisemitismus vorwiegend geäußert wird: Nahostkonflikt, sekundärer Antisemitismus und die Verkürzung komplexer ökonomischer Probleme durch Personalisierungen – sowie schließlich: der Islamismus.

Damit bin ich bei *Drittens:* Von den Autoren des Antisemitismusberichts der Bundesregierung wird Islamismus als „neuer Träger von Antisemitismus in Deutschland“ bezeichnet. Vor dem Hintergrund des Nahostkonflikts solidarisieren sich vor allem türkisch-muslimische Jugendliche mit den Palästinensern und deren Sicht auf Israel. Das ist eine neue Herausforderung, vor der wir uns angesichts der großen Zahl hier lebender Muslime nicht verstecken dürfen.

Sie alle kennen die jüngst vom Innenministerium veröffentlichte und seither heiß diskutierte Studie „Lebenswelten junger Muslime in Deutschland“. Die Reliabilität von Sozialforschung ist mit Vorsicht zu genießen. Ganze Gruppen auf Basis von Umfragen zu be- oder gar verurteilen ist unserer politischen Kultur abträglich. Eines aber möchte ich unmissverständlich festhalten: Wir dürfen nicht zulassen, dass ausgerechnet viele jener jungen Menschen, die hier geboren und aufgewachsen sind, aus unserem zivilgesellschaftlichen Konsens ausscheren.

Bei aller gebotenen Vorsicht bei der Interpretation jedweder Studien und Statistik: Sollte tatsächlich unter den muslimisch 14- bis 32-Jährigen eine signifikante Subgruppe existieren, die als „streng Religiöse mit starken Abneigungen gegenüber dem Westen, tendenzieller Gewaltakzeptanz und ohne Integrationstendenz“ bezeichnet werden kann, so wäre das besorgniserregend und ein trauriger Beleg für das Versagen der bisherigen Integrationspolitik auf Kuschelkurs. Der Bürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky, bemängelt zu Recht, dass wir in vielen Bereichen zahnlos geworden sind und zu willkürlich den Mantel des Verständnisses ausgebreitet haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
uns müssen alle Kinder und Jugendlichen in unserem Land am Herzen liegen. Sie sind die Zukunft. Kein junger Mensch darf verloren gehen. Niemand hat a priori eine menschenverachtende Gesinnung. Kinder kommen reinen Herzens auf diese Welt, und es ist die zentrale Aufgabe unseres Gemeinwesens, jedem Einzelnen seinen Weg in diese Gesellschaft aufzuzeigen und ihn davor zu bewahren, sich subjektiv ausgegrenzt zu fühlen. Ansonsten springen Hassprediger – von denen es wahrlich genügend gibt – in diese Lücke. Sie wenden sich bewusst an anfällige junge Menschen und verführen Sie mit ihrer verbrecherischen Ideologie.

Wir müssen aber auch klarstellen, dass offen artikulierte Integrationsverweigerung oder gar radikaler Fanatismus nicht folgenlos bleiben dürfen. Wer Teil dieser Gesellschaft sein will, muss wenigstens ansatzweise glaubhaft machen, an einem friedlichen und respektvollen Miteinander interessiert zu sein. – Denn eines ist wohl Konsens: Islamismus gehört ganz sicher nicht zu Deutschland!

Verehrte Anwesende,
wir dürfen nicht zulassen, dass die Gefahr durch Islamismus ähnlich verharmlost und verkannt wird, wie es über Jahrzehnte beim Rechtsextremismus der Fall war.

Wie real die Gefahr von Rechts ist, belegen die Enthüllungen des rechtsextremistischen Terrornetzwerks in der Bundesrepublik. Ich komme nicht umhin, meiner Verwunderung angesichts der Überraschtheit Ausdruck zu verleihen, die auf ganzer Linie in Politik, Justiz und Gesellschaft geäußert wurde. Schließlich warnen wir seit Jahren beständig und nachdrücklich davor, den braunen Sumpf zu unterschätzen. Dennoch wurde zu keiner Zeit der Rechtsradikalismus angemessen ernsthaft und entschlossen bekämpft, so dass man inzwischen durchaus von dessen Renaissance sprechen muss.

Ein Beispiel: In Bayreuth wollen neue rechtsradikale Gruppierungen dem „Grünen Hügel“ wieder eine braune Färbung verleihen. Ihre Pläne gefährden nicht nur das friedliche Leben vor Ort, sondern insbesondere das inzwischen rehabilitierte und international anerkannte gute und ehrvolle Renommee der Festspiele.

Ein anderes Beispiel, das mich besonders bewegt: Der wegen des versuchten Bombenanschlags auf die Grundsteinlegung der Münchner Synagoge verurteilte Neonazi Martin Wiese ist seit gut einem Jahr wieder auf freiem Fuß. Dieser Verbrecher wollte ein Blutbad anrichten – aus einer feierlichen Zeremonie mit hunderten von Menschen, die wir eingeladen hatten und für deren Sicherheit wir verantwortlich waren. Nach seiner Entlassung zog Wiese in die Nähe von Landshut. Seitdem häufen sich dort Aktionen rechter Gruppen, und ganz Ostbayern entwickelt sich schleichend zum Schauplatz rechtsextremistischer Umtriebe. Vor zwei Wochen marschierten rund 100 Neonazis unter dem Motto „Linke Gewalt stoppen“ und „Runden Tisch gegen Rechts verbieten“ in Landshut auf – der vorläufige Höhepunkt einer ganzen Reihe von Provokationen durch Neonazis. Deren Initiator ist immer wieder Wiese und sein "Nationales Bündnis Niederbayern". Verfassungsschützer sind sich sicher: Wiese will die kleinen rechtsextremen Gruppen einen. Unter dem Dach „Freies Netz Süd“ (FNS) will er die Szene neu strukturieren. Immer wieder wird er beobachtet, wie er an Schulen und in Fußgängerzonen Flugblätter verteilt. Fachleute bescheinigen dem FNS, der offen aggressiv auftritt, ein bedenkliches Tempo in der Umsetzung von Aktionen sowie eine Sprache, die vor Gewaltandrohung strotzt. – Es ist unerträglich, diesem Neonazi zusehen zu müssen, wie er sich als Märtyrer in der Szene gerieren und frei schalten und walten kann, wie er aufrühren und hetzen kann, wie er auf Schulhöfen arglosen Kindern seine Hasspamphlete unterjubeln kann und wie er Polizei und Justiz verhöhnt, deren Auflagen sein widerliches Treiben offensichtlich nicht stoppen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
das berührt mich persönlich. Das macht mich traurig und wütend. Unsere wehrhafte Demokratie darf nicht zulassen, dass Legislative, Judikative und Exekutive nicht alles in ihrer Macht Stehende daran setzen, die ideologischen Feinde unserer Verfassung mit voller Schlagkraft zu bekämpfen.

Daher verstehe ich unsere Justizministerin nicht, die den Sicherheitsbehörden beharrlich nötiges Rüstzeug wie die Vorratsdatenspeicherung verweigert. Ich darf daran erinnern, dass der geplante Anschlag in München nur verhindert werden konnte, weil Verfassungsschutz und Polizei damals über entsprechende Methoden verfügen konnten. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen das politische Signal, volles Vertrauen in unsere Sicherheitsbeamten haben zu können. Der Gesetzgeber darf keine Zweifel entstehen lassen, dass solche Instrumente – wenn sie einmal in der Welt sind – mit größter Sorgfalt eingesetzt werden. Misstrauen, wie es im Zaudern der Ministerin zum Ausdruck kommt, ist gefährlicher für unsere politische Kultur, als eine klare Regelung auf dem rechtsstaatlichen Boden des Grundgesetzes.

Verehrte Anwesende,
zu einer zielorientierten Strategie im Kampf gegen Rechts gehört natürlich – wenn auch unter der Devise Sorgfalt vor Eile – das Verbot der NPD. Wir können eben nicht zulassen, dass der Dreh- und Angelpunkt des rechtsradikalen Spektrums mit Millionen Euro staatlich alimentiert wird. Eine rechtsextreme Partei passt nicht in unser modernes Deutschland. Ihre Anhänger haben nichts in unseren Parlamenten verloren, nicht in Schulen, in Stadthallen oder in Gaststätten, wo sie sich mit ihren Versammlungen einzuklagen versuchen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Als Zwischenfazit halte ich fest – und Sie sind sicherlich mit mir einer Meinung: Es bleibt immens wichtig, dass wir, im christlich-jüdischen Verbund, gesellschaftliche, soziale und politische Versäumnisse anprangern, wo immer wir sie vorfinden – und mit Nachdruck Konsequenzen einfordern. Das haben Sie in den vergangenen 60 Jahren getan und wir werden es weiterhin tun. – In *Verantwortung* für den Anderen und für die Gesellschaft in der wir leben.

Verehrte Anwesende,

die „12 Thesen von Berlin“ ebnet zweifellos einen guten Weg, um künftig Erreichtes zu bewahren und neue Ziele in Angriff zu nehmen. Wir, Juden und Christen sind geschwisterliche Religionen – wenn auch mit einer nicht immer geschwisterlichen Geschichte. Auch die letzten Jahre hielten Reibungspunkte bereit – ich erinnere an den offenen Antijudaismus der Piusbrüder und die unsäglichen Holocaust-Einlassungen von Herrn Williamson. Erwähnt seien die Diskussion um die Seligsprechung von Papst Pius XII. oder die Karfreitagsfürbitte für die Juden. – Ich will nicht leugnen, dass diese Themen geeignet sind, unser ansonsten täglich fester werdendes Vertrauensverhältnis zu belasten. Entscheidend ist jedoch, wie wir vor Ort, von Angesicht zu Angesicht, mit solchen äußeren Störfällen umgehen. Hier stelle ich glücklicherweise immer wieder fest, dass sie sich eben nicht auf der Arbeitsebene niederschlagen. Für meine Heimat München und Bayern kann ich mit großer Freude sagen, dass die jüdische Gemeinschaft in Zusammenarbeit mit den christlichen Kirchen seit Jahrzehnten ein besonders herzliches, freundschaftliches – ja geschwisterliches – Verhältnis pflegt.

Generell gilt: Indem wir betonen und herauskehren, was wir gemeinsam haben, werden wir zusammen stark sein. Und unsere Gesellschaft braucht starke Religionsgemeinschaften, verehrte Anwesende.

Die Welt in der wir leben wird sekundlich schneller und komplizierter. Viele Menschen beginnen, die Flut an Informationen und die schier unendliche Vielzahl an Möglichkeiten, die sich Ihnen eröffnet, nicht mehr als Privileg zu begreifen, sondern als Belastung. Das Leben im modernen industrialisierten und digitalisierten Zeitalter ist nicht mehr übersichtlich strukturiert und keinen klaren Regeln mehr unterworfen. Hinzu kommt die Maxime der Konsumwelt. Wir kommen gar nicht mehr dazu, alles, was sich darbietet, auszuprobieren, weil es immer schon etwas Neues gibt – etwas Besseres, Schnelleres. Obwohl sich fast alle Prozesse beschleunigt und verkürzt haben, läuft uns die Zeit davon. Heute relevante Werte und Ziele erhalten durch das Credo "Immer besser, schneller, weiter" eine immer kürzere Halbwertszeit. Es ist schier unmöglich geworden, sich in etwas zu vertiefen. So macht sich zwangsläufig eine immer größer werdende, alle Lebensbereiche erfassende Oberflächlichkeit breit. In dieser Situation sehnen sich die Menschen nach Stabilität, nach verlässlichen, Vertrauen stiftenden Konstanten. Ein Postulat, das auch die Politik eingeholt hat. Offen ausgetragenes Gezänk und fahrlässig erzeugter Anschein von Werteschwund und Eigensucht führen dazu, dass sich die Menschen in Scharen von den Etablierten abwenden und bereit sind, alles zu wählen, was sich als „anders“ geriert. Vor allem jungen Menschen stehen unzählige Optionen offen. Wie die Zukunft planen, wenn der rasante Wandel eine Lebensplanung im herkömmlichen Sinn kaum mehr zulässt? Was zählt morgen überhaupt noch? Woran orientieren, damit der Lebensweg Zielgerade und nicht Sternfahrt wird?

Diese Fragen müssen wir Religionsgemeinschaften glaubwürdig beantworten. Wir können dem Sinnvakuum unser unverrückbares, unbestechliches Tableau an Werten und an Wegen durch das Leben gegenüberstellen. Nächstenliebe, Mitmenschlichkeit, Wohlfahrt, Seelsorge, Hoffnung und Frieden – lauten unsere Botschaften. Ein attraktiveres Branding – wie man auf neudeutsch sagt – kann ich mir nicht vorstellen. Aber es muss bei den Menschen ankommen.

Es ist ein Armutszeugnis, dass die großen Kirchen und auch die jüdischen Gemeinden Wellen des Austritts erleben. Das ist Anlass zu Sorge, vor allem aber ein alarmierender Handlungsauftrag, unser attraktives Angebot so unter die Menschen zu bringen, dass wir diese Tendenz stoppen können. Die Bibel ist – das gilt es hervorzuheben – nicht nur, aber eben auch: Literatur für die Krise. Gerade dann ist sie aktuell. Das zeigt etwa ihre Rezeption während der

finstersten Jahre des 20. Jahrhunderts. Erinnerung sei an Stefan Zweigs „Schachnovelle“, an „Höret die Stimme“ von Franz Werfel oder die Roman-Tetralogie „Joseph und seine Brüder“ von Thomas Mann.

Verehrte Anwesende,
unser Glaube gibt uns Halt, Trost, Mut und Orientierung – eben damit auch wir anderen Menschen Halt, Trost, Mut und Orientierung geben können. Schließlich sind wir als religiöse Institute nicht nur für uns selbst da, sondern müssen das Leben und das Wohl aller Menschen im Blick haben.

Verehrte Anwesende,
gemeinsam müssen wir ein Ohr für die Menschen haben. Wir müssen Sprachrohr für jene sein, die nicht für sich selbst eintreten können. Wir dürfen nicht schweigen, wenn – egal wo auf der Welt – Menschenrechte missachtet werden.
Wir müssen aufstehen, wenn der soziale Frieden in unsere Gesellschaft in Gefahr ist. Schließlich wollen wir in einem Land leben, in dem jeder Mensch *Verantwortung* übernimmt – für den anderen und für die Gesellschaft.

Angesichts der Vielzahl virulenter Themen, die wir zu bearbeiten haben, müssen wir den immerwährenden internen Dialog stärken und nach außen mit einer Stimme sprechen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
am Anfang rief G'tt Abraham. Und auf ihn, den Vater des Glaubens, berufen wir uns – Christen wie Juden. Vor IHM, dem Einen und Einzigen G'tt stehen wir als Menschen, die wir uns voll und ganz auf diesen G'tt verlassen. Erst dieser feste Glaube an IHN verleiht uns die Kraft, dem Menschen, der uns gegenüber steht – dem anderen – zu vertrauen und für ihn Verantwortung zu übernehmen.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen – hier in Berlin sowie in allen anderen Städten – eine spannende und erkenntnisreiche Woche der Brüderlichkeit.

Ich wünsche Ihnen alles Gute und G'ttes Segen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.